

**Hans-Georg Betz (Genf)**

## **Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung**

*In den letzten Jahren hat die populistische Rechte in Westeuropa eine umfassende Ideologie entwickelt. Die Hauptmerkmale dieser Ideologie sind eine starke Betonung des Begriffs der Differenz sowie der Verteidigung kultureller Eigenheit. Die populistische Rechte benutzt beide Begriffe, um damit ihren Kampf gegen die ihrer Meinung nach zwei größten Bedrohungen der europäischen Kultur und der westlichen Werte zu legitimieren: die Globalisierung und den Islam. Diese Ideologie richtet sich an eine breite potentielle WählerInnenschaft, die weit über diejenigen Gruppen hinausgeht, die objektiv oder zumindest subjektiv am meisten von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Modernisierungsprozessen betroffen sind. Zwar erzielte die populistische Rechte in den letzten Jahren vor allem in der ArbeiterInnenschaft überproportionale Zugewinne; diese Entwicklung bestätigt jedoch noch nicht die Modernisierungsverliererthese. Zum Verständnis der Bedeutung der rechtspopulistischen Mobilisierungserfolge in Westeuropa ist es vor allem notwendig, Identitätspolitik ernst zu nehmen. Der Interpretationsansatz von Nancy Fraser könnte sich dabei für die Analyse der programmatischen Entwicklungstendenzen der populistischen Rechten als nützlich erweisen.*

Die wahlpolitischen Erfolge dezidiert rechtsgerichteter Parteien und Bewegungen stellen zweifellos eine der wichtigsten aktuellen politischen Herausforderungen an die politische Kultur Westeuropas dar. Dabei handelt es sich um Parteien, die kaum mehr dem klassischen Muster von Rechtsradikalismus bzw. Rechtsextremismus entsprechen. Im Gegensatz zu den Parteien am rechten Rand der Nachkriegszeit stellen Parteien wie die FPÖ, die Schweizer Volkspartei oder die Lega Nord weder die Demokratie zugunsten eines autoritären Regimes formell in Frage, noch leugnen sie die Menschenrechte und damit das Prinzip formaler menschlicher Gleichheit. In der Literatur hat sich deshalb immer mehr der Begriff des Rechtspopulismus zur Charakterisierung dieser Parteien eingebürgert (Taggart 2000; Mény/Surel 2000; zur Gegenposition siehe u. a. Minkenberg 1998).

Das Ergebnis der dänischen Parlamentswahlen im Herbst 2001 hat die wahlpolitische Bedeutung des Rechtspopulismus noch einmal eindrucksvoll bestätigt. Zwar hat sich der

rechtspopulistische Vormarsch im Vergleich zu den achtziger und neunziger Jahren in den meisten Fällen merklich verlangsamt – und in einigen Fällen sogar ins Gegenteil verkehrt, doch an der Grundtendenz hat sich nur wenig geändert: Auch nach der Jahrtausendwende lassen sich mit relativ einfachen Parolen und Forderungen Wahlen mit guten Aussichten auf Erfolg bestreiten. Dazu kommt noch eine weitere Entwicklung: Nach langen Jahren der Ausgrenzung ist es der populistischen Rechten weitgehend gelungen, als Verhandlungspartner akzeptiert und damit zumindest teilweise salonfähig zu werden. Die Einbindung der FPÖ in die Regierungsverantwortung hatte dabei trotz der EU Sanktionen durchaus Signalwirkung über Österreich hinaus. Rechtspopulistische Parteien sind heute grundsätzlich koalitionsfähig, jedoch immer unter der Voraussetzung, dass die jeweilige populistische Rechte eine gewisse Bereitschaft erkennen lässt, sich zumindest im Ton zu mäßigen.

Im Gegensatz zur populistischen Rechten sind dezidiert neofaschistische und neonazistische

Parteien wie die deutsche NPD, die englische British National Party oder Italiens Movimento Sociale Fiamma Tricolore – von örtlich begrenzten Achtungserfolgen einmal abgesehen – wahlpolitisch weitgehend bedeutungslos. Die Bedeutung dieser Parteien liegt anderswo: als Produzenten von rassistischen, antikapitalistischen, ethnonationalistischen und rechtskommunitären Ideologieansätzen sowie als Anlaufstation für rechtsextremistisch orientierte, militante Skinheads und jugendliche Neonazis. Diese wiederum sind Teile einer wachsenden rechtsextremistischen Subkultur, die sich in den letzten Jahren vor allem mit Hilfe des World Wide Web weltweit vernetzt und zu einer *virtual community* entwickelt hat. Einer der wichtigsten Aspekte dieser Vernetzung ist der wachsende Einfluss nordamerikanischer Extremisten, die sich der Propagierung von „White power“ und „White resistance“ verschrieben haben (Grumke 2001). „White resistance“, das heißt für die internationale extreme Rechte vor allem Verteidigung der durch Zuwanderung, „Rassenvermischung“ und demographischen Wandel in seiner Existenz bedrohten weißen „Rasse“ als ersten Schritt zur, wenn nötig gewaltsamen, Rückeroberung der ihr zustehenden dominanten kulturellen und (macht-)politischen Rolle.

Aus offensichtlichen Gründen grenzen sich rechtspopulistische Parteien durchwegs mit mehr oder weniger eindeutigen Worten von rechtsextremistischen Positionen und ihren VertreterInnen ab. Gleichzeitig jedoch rekurriert der ideologische Kern der von ihnen propagierten Programmatik auf durchaus ähnliche Bedrohungsängste, wenn auch in gemäßigter und damit scheinbar harmloserer Form. Kämpfen die einen für das Überleben und die Rechte der weißen „Rasse“, so geht es den anderen in erster Linie um die Bewahrung und den Schutz der eigenen kulturellen und nationalen Identität. Damit spielt Identitätspolitik nach der zumindest mittelfristig gesicherten Etablierung rechtspopulistischer Parteien im westeuropäischen Parteiensystem eine immer zentralere Rolle im Selbstverständnis dieser Parteien. Aus deren Sicht versteht sich rechtspopulistische Politik in erster Linie als eine Politik „aus Selbstvertei-

digung“, zur Verteidigung des „Rechts auf Identität“, mit dem Ziel, wieder „Herr im eigenen Land“ zu werden, wie beispielsweise die VertreterInnen des belgischen Vlaams Blok in Broschüren, Reden und Interviews immer wieder betonen.

Die identitätspolitische Wende stellt die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der populistischen Rechten vor eine neue Herausforderung. Mit dem politischen Durchbruch dieser Parteien in den achtziger Jahren stieg auch das sozialwissenschaftliche Interesse am Rechtspopulismus kontinuierlich an. Dabei konzentrierte sich die Forschungsarbeit vor allem auf die Suche nach strukturellen Faktoren und Entwicklungen zur Erklärung des bemerkenswerten Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien (Kitschelt 1995; Mény/Surel 2000; Decker 2000). Hingegen gab es nur wenige ernsthafte vergleichende Studien, die sich ideologiekritisch mit den programmatischen Eckpunkten der populistischen Rechten und deren ideologischen Rechtfertigungen auseinandersetzten (Mudde 2000). Und das aus gutem Grund: Nicht zu Unrecht wurde rechtspopulistischen Parteien ein hoher Grad an politischem Opportunismus und programmatischer Beliebigkeit nachgesagt. Darüber hinaus machten diese Parteien auch kaum Anstalten, ihre politischen Aussagen und Forderungen in besonderer Form ideologisch abzuleiten, zu begründen oder rechtfertigen. Im Gegenteil. Gerade die erfolgreichsten Parteien legten sich eine postmodern zugeschnittene populistische Strategie zu, die sich fast vollkommen auf den Appell an latente Ängste, Vorurteile und Ressentiments beschränkte. Generell genügte rechtspopulistischen Parteien der Verweis auf den WählerInnenwillen und die öffentliche Meinung – so im Bezug auf die Problembereiche Einwanderung und Sicherheit – zur Legitimierung ihrer Forderungen und Lösungsvorschläge.

In diesem Beitrag soll unter anderem versucht werden, die Bedeutung der rechtspopulistischen Mobilisierungserfolge vor dem Hintergrund der identitätspolitischen Wende der letzten Jahre neu zu interpretieren. Die Orientierung auf Ideologieinhalte und -muster im aktuellen Diskurs rechtspopulistischer Parteien soll dabei

nicht suggerieren, dass traditionell rechtspopulistische Mobilisierungsstrategien wie der Rekurs auf weitverbreitete Aversionen und Resentiments gegenüber ArbeitsmigrantInnen, AsylwerberInnen und AusländerInnen generell an Bedeutung verloren haben. Im Gegenteil. Rechtspopulistische Parteien unterscheiden sich von ihren Konkurrenten im Parteienwettbewerb immer noch vor allem durch ihre besonders ausgeprägte Fixierung auf das AusländerInnen-thema sowie ihre besonders aggressive Diktion und Argumentationsweise in Bezug auf dieses Thema. Gleichzeitig verdanken rechtspopulistische Parteien ihren Erfolg bei Wahlen zu einem großen Teil der Mobilisierungskraft des „AusländerInnen-themas.“ Dies bedeutet jedoch nicht unbedingt, dass Rechtspopulismus gleichgesetzt werden kann mit AusländerInnen-feindlichkeit oder dass es sich bei diesen Parteien um nicht viel mehr als Anti-Einwanderungs-/Einwandererparteien handelt (Gibson 2002). Vielmehr hat die populistische Rechte in den letzten Jahren ihr wahlpolitisches Kapital dahingehend eingesetzt, ein ideologisch gestütztes, alternatives Modell der westeuropäischen Identität und Gesellschaft zu entwickeln, dessen Wurzeln zum Teil bis in die Gemeinschaftsvorstellungen der Romantik zurückreichen. Ein zentraler Leitgedanke ist dabei der von der französischen Neuen Rechten (*nouvelle droite*) um Alain de Benoist eingebrachte Begriff des Rechts auf Differenz, der immer mehr von rechtspopulistischen Parteien zur Rechtfertigung ihrer ausländerfeindlichen Positionen herangezogen wird. Das Ergebnis ist ein differentialistisch argumentierender Nativismus, der in den letzten Jahren im Diskurs rechtspopulistischer Parteien eine immer größere Rolle spielt.

In der nachfolgenden Analyse beschäftige ich mich zunächst mit dem aktuellen Erscheinungsbild rechtspopulistischer Ideologie sowie deren strategischer Zielsetzung im Selbstverständnis rechtspopulistischer Parteien. Im Weiteren geht es dann um die Frage des Zusammenhangs zwischen rechtspopulistischer Programmatik und wahlpolitischem Erfolg. Schließlich setze ich mich mit der Frage auseinander, was die Ideologisierung rechtspopulistischer Parteien für die

sozialwissenschaftliche Bewertung dieser Parteien bedeutet.

### **Differentialistischer Nativismus, Islamophobie und Anti-Globalismus**

Vor den jüngsten Parlamentswahlen in Dänemark gab die Dansk Folkeparti (DF) eine mehr als 200-seitige Broschüre mit dem Titel *Dänemarks Zukunft – Euer Land, Eure Wahl...* heraus, die ausschließlich dem Thema AusländerInnen gewidmet war (Dansk Folkeparti 2001). Die Partei hatte dieses Thema bereits Ende der neunziger Jahre zum zentralen Punkt ihrer Mobilisierungsstrategie gemacht und sich dabei vor allem auf die wachsende Zahl von MuslimInnen in Dänemark eingeschossen. So lancierte die Partei eine Kampagne gegen AusländerInnen mit der Frage, ob man in Dänemark ein Muslim sein müsse, um bei der Wohnungsvergabe bevorzugt zu werden. Ein paar Monate später inserierte die Partei die Namen aller während des laufenden Jahres eingebürgerten AusländerInnen ganzseitig in einer großen, überregionalen Tageszeitung. Die Broschüre *Dänemarks Zukunft* war eine Fortsetzung dieser Strategie. Zwar stellte die Partei eine weitreichende Palette von Fragen und Themen zur Diskussion, doch die Mehrzahl der dem Text beigefügten Fotos konzentrierte sich ausschließlich auf die Präsenz und das Erscheinungsbild von zumeist traditionell gekleideten MuslimInnen in Westeuropa. Die Zielsetzung war eindeutig, eine Gleichsetzung von Islam mit Fundamentalismus zu suggerieren. In den dem Islam gewidmeten Kapiteln hieß es dann auch, der Islam sei keine Religion sondern ein „politisches Programm“, das aufgrund seiner anti-individualistischen Ausrichtung unvereinbar mit den Grundsätzen westlicher Demokratie sei (Dansk Folkeparti 2001, 28). Bezugnehmend auf die Rolle der Frau in islamischen Ländern konstatierte die Partei weiters, der Islam propagiere „mittelalterliche Praktiken“, die sich nicht mit modernen Gesellschaftsvorstellungen vereinbaren ließen. Darüber hinaus pochte die Partei darauf, Dänemark sei ein vom Christentum geprägtes Land, dessen Grundwerte wie Tole-

ranz, gegenseitiges Verständnis und Respekt denen des Islam diametral entgegengesetzt seien. Deshalb sei „die islamische Lebensweise“ auch mit der „dänischen christlichen Mentalität“ grundsätzlich unvereinbar (Dansk Folkeparti 2001, 190).

Mit diesem islamophobischen Programm erreichte die DF bei den letzten Wahlen immerhin 13 Prozent der Stimmen und wurde damit drittstärkste Partei des Landes. Einen noch größeren Erfolg verzeichnete der niederländische Rechtspopulist Pim Fortuyn bei den Kommunalwahlen im März 2002. In Rotterdam erreichte seine erst kurz vor den Wahlen ins Leben gerufene Liste „Leefbaar Rotterdam“ mit 17 von 44 Mandaten einen sensationellen Erfolg, der die Partei über Nacht zur stärksten politischen Kraft in Hollands zweitgrößter Stadt machte. Wie die DF in Dänemark, so machte auch Fortuyn die islamische Frage zum Hauptthema seines Wahlkampfes. Fortuyn hatte bereits 1997 ein Buch mit dem provozierenden Titel *Gegen die Islamisierung unserer Kultur. Niederländische Identität als Fundament* veröffentlicht, in dem sich der Autor sehr kritisch mit Fragen des Multikulturalismus und der Integration auseinandersetzte (Fortuyn 1997). Die Kernaussage des Buches war, dass die islamische Kultur den Werten und Normen moderner westlicher Gesellschaften diametral entgegenstehe: Werten und Normen wie „der Trennung von Kirche und Staat, Demokratie, der Gleichwertigkeit von Mann und Frau, der Freiheit der Religion und der Meinungsäußerung, dem Respekt vor Minderheiten und nicht zu vergessen der individuellen Verantwortlichkeit, die größer ist als die der Gruppen, zu denen der einzelne gehört“ (Fortuyn, 2001b). Fortuyns anti-islamische Angriffe verschärfen sich nach dem 11. September zusehends. Nachdem er im Zuge des Kosovokonflikts vom „kalten Krieg mit dem Islam“ gesprochen hatte, sprach er sich nach dem Angriff auf die World Trade Towers in New York dafür aus, die niederländischen Grenzen für moslemische Neuzuwanderer/innen zu schließen, um die Niederlande vor deren „rückständiger Kultur“ zu schützen. Außerdem sei Holland mit seinen 16 Millionen Einwohnern bereits „ein volles Land“ (Fortuyn

2001a; *de Volkskrant*, 9. Februar 2002; *Algemeen Nederlands Persbureau*, 9. Februar 2002).

Wie der Untertitel von Fortuyns Buch klar macht, geht es bei der ideologischen Neuorientierung des Rechtspopulismus vor allem um die Verteidigung der eigenen Identität gegen „Überfremdung.“ Dabei grenzt sich die populistische Rechte bewusst von den rassistischen Vorstellungen des traditionellen Rechtsextremismus ab, indem sie immer wieder betont, es gehe ihr nicht darum, andere Völker und Kulturen abzuwerten, sondern einzig und allein darum, „die Werte auch unseres Volkes zu schützen und zu fördern“, so das Programm der Deutschen Volkunion (DVU) in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei verwendet die Rechte eine Reihe von Begriffen, die noch vor wenigen Jahren exklusiv zu den zentralen ideologischen Eckpunkten progressiver postmarxistischer und postmoderner Diskurse gehörten – Begriffe wie Differenz, Identität, und Selbstbestimmung. Sie gehören heute immer mehr zur rhetorischen Grundausstattung rechtspopulistischen Marketings. Gleichzeitig berufen sich rechtspopulistische Parteien auf die Errungenschaften der liberalen Demokratie, um dann auf die große Kluft hinzuweisen, die zwischen dem Islam und der westeuropäischen Kultur in zentralen Fragen wie der Stellung von Mann und Frau in der Gesellschaft besteht (Vlaams Blok o.D.).

Damit folgen die westeuropäischen rechtspopulistischen Parteien mehrheitlich der Strategie des Front national. Dieser hatte bereits in den neunziger Jahren identitätspolitische Argumente propagiert, um damit seinen Forderungen nach „nationaler Präferenz“ in Bezug auf Arbeitsplätze und wohlfahrtsstaatliche Leistungen einen ideologischen Unterbau zu verleihen. Gleichzeitig dienten sie auch als ideologischer Rahmen im Kampf gegen die VerfechterInnen von Multikulturalismus und Globalisierung und die damit nach Auffassung des Front national verbundenen Prozesse der „kulturellen Entwurzelung“ und des Identitätsverlustes. Dabei reklamierte die Partei für sich, die einzigen wahren Anti-Rassisten zu sein, da sie gegen alle Formen von Entwurzelung und Entfremdung ankämpften (Ivaldi 2001, 31 ff.).

Nach dem zeitweiligen Einbruch des Front national im Zuge der Abspaltung von einer Gruppe um Bruno Mégret Ende der neunziger Jahre verschwanden dessen ideologische Veratzstücke keineswegs in der Versenkung, sondern wurden von anderen rechtspopulistischen Parteien aufgenommen und weiterentwickelt. Dabei tat sich die italienische Lega Nord besonders hervor, eine Partei, die bis dahin als eher gemäßigt galt. Ende der neunziger Jahre stellte eine Unterabteilung der Partei ein Dokument zur Frage von Identität und „multi-rassistischer Gesellschaft“ ins Internet, in dem sie unter anderem vor der Zerstörung der Völker durch die (amerikanischen und moslemischen) VerfechterInnen der Globalisierung warnte, der sie eine neue „differentialistische Vision“ der Welt entgegenstellte (Enti Locali Padani Federali 1998). Umberto Bossi selbst warnte immer wieder vor der Gefahr einer „Invasion Europas“ und der damit verbundenen Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft nach amerikanischem Vorbild. Gleichzeitig propagierte er die Lega Nord als die einzige Verteidigerin der „Vielfalt der Völker“ gegen einen „neuen Absolutismus des Rassismus“, der seiner Meinung nach in der „Verleugnung der Differenz“ seinen Ausdruck finde (Bossi 2000).

Die Bewahrung von Identität vor Multikulturalismus und Globalisierung schrieb sich auch die Schweizer Volkspartei (SVP) in den neunziger Jahren auf die Fahnen und erzielte damit sensationelle Wahlerfolge. Ende der achtziger Jahre noch die kleinste der vier großen Schweizer Parteien, gelang es der SVP innerhalb von wenigen Jahren, zur stärksten Partei der Schweiz aufzusteigen und dabei immer neue WählerInnengruppen für sich zu erschließen (unter anderem auch in der frankophonen Westschweiz). Unter der Führung Christoph Blochers (vom Züricher Flügel der Partei), der bezeichnenderweise auch Vorsitzender der von ihm ins Leben gerufenen *Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz* ist, kam es zu einer grundlegenden Neuorientierung der Parteiprogrammatik (Betz 2001d). In der Folge gelang es der SVP, rechtspopulistische Themen zu besetzen und damit kleineren Parteien am rechten Rand wie der ehemaligen Freiheit-Partei

(davor Autopartei) und sogar den Schweizer Demokraten das Wasser abzugraben. Es ist sicherlich kein Zufall, dass sich Blochers Aufstieg zu einem Zeitpunkt ereignete, als die Schweiz aufgrund ihres nicht immer ganz ehrenhaften Verhaltens während des Zweiten Weltkriegs unter massiven äußeren Druck geriet. Dies bot Blocher die Gelegenheit, sich als dezidiertem Anwalt der Schweizer Ehre zu profilieren und gleichzeitig das Verhalten der „class politique“ anzuprangern, die nichts tat, um den „unzähligen Bürgerinnen und Bürgern“ beizustehen, welche, so Blocher, aufgrund der Angriffe auf die Schweiz in „ihren Gefühlen zu unserer Heimat, die älteren unter ihnen in ihrer Lebensleistung für unser Land, ständig aufs neue verletzt“ wurden (Blocher 1997).

Zur gleichen Zeit besetzte die Züricher SVP auch andere zentrale Themen rechtspopulistischer Identitätspolitik. So heißt es in einem bereits 1998 erschienenen Konzept der Züricher SVP zur AusländerInnenpolitik bewusst provokant, „Überfremdung“ führe „zu einem Identitätsverlust der Gastgeber“ und Multikultur zum „Untergang der Kultur“ an sich (SVP 1998). Folgerichtig verfiel die SVP eine AusländerInnenpolitik, die ganz auf die Verteidigung der Schweizer Identität abgestellt ist. Ziel ist es, die Zahl der Neuzugewanderten möglichst klein zu halten, denn, so ein neues Integrationspapier der Partei, Integration sei umso einfacher, „je kleiner die Minderheit und je größer die Mehrheit ist“ (SVP 2001). Dabei konstatiert die Partei, einige Minderheiten seien nicht integrierbar und daher unerwünscht, allen voran islamische Minderheiten. So stellte die Partei bereits Ende der neunziger Jahre fest, der Islam erweise sich „mehr und mehr als eigentliches Integrationshemmnis“. Und weiter: „Ein korantreuer Moslem kann weder die Gleichberechtigung der Frau noch die Trennung von Staat und Religion akzeptieren.“ In einem Europa, in dem jahrhundertlang für „liberale und demokratische Werte wie Religionsfreiheit, Trennung von Kirche und Staat und die Gleichberechtigung der Geschlechter gekämpft“ wurde, stellte der Islam eine fundamentale Herausforderung dar, „welche die abendländischen Grundwerte gefährdet“ (SVP 1998).

Jörg Haider war sich dessen bereits anfangs der neunziger Jahre bewusst. So schrieb er 1993 in seinem Buch, *Die Freiheit, die ich meine*, die „Gesellschaftsordnung des Islam“ sei „unseren westlichen Werten entgegengesetzt. Menschenrechte und Demokratie sind mit der mohammedanischen Glaubenslehre ebenso wenig vereinbar wie die Gleichberechtigung der Frau“ (Haider 1993, 93). Im Zuge dieser Erkenntnis versuchte auch die FPÖ, wenngleich weniger auffällig, identitätspolitische Themen ideologisch zu besetzen und in ihr Programm einzubringen. So stellte das neue offizielle Parteiprogramm aus dem Jahre 1998 ausdrücklich fest, dass Europa mehr als ein geographischer Begriff sei, der sich „in der christlich abendländischen Wertegemeinschaft“ begründe (FPÖ 1998, 12 ff.). Die Bewahrung der gemeinsamen europäischen Wertordnung und des Wertekonsens erfordere deshalb „ein Christentum, das seine Werte verteidigt“ (FPÖ 1998, 12 ff.).

Diese ideologische Konstruktion erwies sich als ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer kohärenten identitätspolitischen Ideologie, die, aufbauend auf dem Begriff der kulturellen Differenz, vor allem auf den Gegensatz von unterschiedlichen Wertvorstellungen und Wertegemeinschaften rekurriert. Bemerkenswerterweise wurde diese Entwicklung vor allem von den als eher gemäßigt geltenden rechtspopulistischen Parteien vorangetrieben. Eine wichtige Entwicklung war dabei die Kosovo-intervention, die vor allem von der französischen und italienischen populistischen Rechten scharf verurteilt wurde. Für sie stellte der Kosovokonflikt einen paradigmatischen Kampf zwischen moslemischen Invasoren und christlichen Verteidigern dar (wie dies Umberto Bossi in einer Rede im italienischen Parlament formulierte), einen Kampf der Kulturen im Sinne von Samuel Huntington, zwischen (christlichen) Serben und (moslemischen) Albanern. Der Konflikt im Kosovo war somit mehr als nur eine regional begrenzte Auseinandersetzung in einer entlegenen Ecke des Balkan; hier ging es um nichts geringeres als die Zukunft Europas. Denn die Europäer würden selbst in naher Zukunft verdrängt werden, so wie im Kosovo die christlichen Serben von albanisch-islamischen Ein-

wanderern von ihrem ureigenen Kulturboden verdrängt wurden, falls sie sich nicht dazu aufrafften, die Masseneinwanderung nach Europa zu stoppen.

Der Terroranschlag auf die beiden Türme des World Trade Centers im September 2001 galt der populistischen Rechten als der beste Beweis für die Richtigkeit ihrer neuen ideologischen Linie. Dabei muss jedoch noch einmal betont werden, dass islamophobische Tendenzen schon vor dem 11. September die fremdenfeindlichen Positionen des westeuropäischen Rechtspopulismus bestimmten. So zitierte Filip Dewinter bereits lange vor dem Anschlag immer wieder zustimmend Huntingtons zentrale These zur Untermauerung seiner Warnung, dass die demographische und politische Entwicklung des Islam den Westen vor große Probleme stelle (Dewinter 2000).

Zweifellos lässt sich eine vorwiegend identitätspolitisch argumentierende Position, die auf Differenz, bewusst auf den Erhalt von kultureller Vielfalt und die Verteidigung europäisch-christlicher Werte abstellt, nach dem 11. September leichter verkaufen als dies davor der Fall gewesen ist. Das zeigte nicht nur der Erfolg der Dänischen Volkspartei zwei Monate nach dem Anschlag in New York, sondern auch der Wiederaufstieg Jean-Marie Le Pens aus der politischen Versenkung im Spätherbst des letzten Jahres, der wesentlich im Zeichen einer identitätspolitischen Mobilisierungsstrategie stand. So bekräftigte Le Pen dann auch in einer wichtigen Rede Ende September 2001, dass die Präsenz von starken AusländerInnengemeinschaften, die nicht denselben kulturellen Hintergrund, dieselbe Lebensart und dieselben Werte wie die Franzosen haben, „das Hautproblem“ Frankreichs darstellten (Le Pen 2001).

### **Hauptmerkmale rechtspopulistischer Identitätspolitik**

Die während der letzten Jahre erfolgte identitätspolitische Wende rechtspopulistischer Parteien stellt die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Parteifamilie vor eine Reihe von Herausforderungen, zum einen,

was die Begriffsbestimmung und -abgrenzung, zum anderen, was die Erklärung ihrer Wahlerfolge betrifft. In den späten achtziger und frühen neunziger Jahren war eines der herausragenden Merkmale dieser Parteien, dass sie ein „eigentümliches programmatisches Amalgam aus neoliberalen und autoritären Forderungen vertreten“ (Arzheimer/Klein 1999, 40; Betz 2001b). Das wirtschaftspolitische Ziel war, den Abbau des keynesianistischen Interventionsstaats voranzutreiben und dabei gleichzeitig seine Umrüstung in einen „nationalen Wettbewerbsstaat“ zu bewerkstelligen, um so die nationale Konkurrenzfähigkeit unter geänderten Wettbewerbsbedingungen auch weiterhin zu gewährleisten (Betz 2001b).

Im Gegensatz zum traditionellen Rechtsextremismus machte sich die populistische Rechte immer mehr auch für Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Unternehmertum stark, ohne dabei jedoch einem ungezügelter Individualismus das Wort zu reden. Im Gegenteil. Haider warnte bereits in den frühen neunziger Jahren vor den Folgen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsschubs der achtziger Jahre, der eine Gesellschaft hervorgebracht hätte, in der „Rücksichtslosigkeit und Regellosigkeit auf der Tagesordnung ist, Egoismus, Individualismus und Protektion prägend wirken“ (Haider 1994, 40). Wenige Jahre später propagierte er dann ein Modell der „fairen Marktwirtschaft“ als Antwort auf den Vormarsch eines amerikanisch geprägten Turbo-kapitalismus (Haider 1997, 129). Heute gehören gerade rechtspopulistische Parteien oftmals zu den dezidiertesten Kritikern von Neoliberalismus, Globalisierung und Wohlfahrtsstaatsabbau und machen sich damit zumindest in einem gewissen Maße zu Nachlassvertretern des von der Linken aufgegebenen Besitzstandes der Sozialdemokratie der Nachkriegszeit. Programmatisch schlägt sich dies in einer Mischung aus Wohlfahrtsstaatschauvinismus, Wirtschaftsnationalismus und dezidierter Globalisierungskritik nieder. Bezeichnend ist hierfür vor allem die Entwicklung der skandinavischen Parteien, deren Programm sich in den letzten Jahren vor allem für den Ausbau der sozialstaatlichen Leistungen für die Schwäch-

ten in der Gesellschaft (vor allem Rentnerinnen und Rentner) stark gemacht haben – immer jedoch unter der Voraussetzung, dass die Betroffenen Einheimische sind (Bjuggan 1998, 179; Aylott 1999, 70).

Mit dieser programmatischen Abkehr von den neoliberalen Vorstellungen der Anfangsphase rechtspopulistischer Mobilisierung erreichte die populistische Rechte zweifellos einen hohen Grad an ideologischer und programmatischer Kohärenz und Geschlossenheit, die sie klar von ihren politischen Mitkonkurrenten absetzen. Der Kernpunkt dieser rechtspopulistischen Programmatik lässt sich mit dem Begriff eines exklusiven (das heißt auf das eigene Volk bezogenen), dabei aber allumfassenden (das heißt wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen) Protektionismus umschreiben, der seinen prägnantesten Ausdruck in den unterschiedlichen Spielarten der zentralen rechtspopulistischen Forderungen nach dem Schutz und der Bevorzugung des eigenen Volks (*eigen volk eerst, Österreich zuerst, les français d'abord*, usw.) und nach *preference nationale* findet.

## Erfolgsbedingungen

Trotz aller Versuche, rechtspopulistische Parteien auszugrenzen und zu marginalisieren, und trotz starker konjunktureller Schwankungen in der WählerInnengunst ist es diesen Parteien in den letzten Jahren gelungen, sich zumindest mittelfristig im westeuropäischen Parteiensystem fest zu etablieren. Damit stellt sich erneut die Frage nach den Gründen für diesen Erfolg. Zu den wichtigsten Erklärungsansätzen gehört sicherlich die Modernisierungsverliererthese. Danach spiegelt der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien vor allem grundlegende wirtschaftliche, soziale, und strukturelle Veränderungen moderner postindustrieller Gesellschaften, ausgelöst durch weitreichende und zum Großteil global wirkende Prozesse und „Modernisierungsschübe.“ „Soziale Umbruchprozesse und wirtschaftliche Modernisierungsschübe“, so Armin Pfahl-Traugher, „führten bei den negativ von diesen Entwick-

lungen Betroffenen immer wieder zu deren Hinwendungen zu politischen Einstellungen und Handlungsweisen in diesem (d.h. rechtsextremistischen, H-GB) Sinne“ (Pfahl-Traugher 2000, 3 f.).

Hanspeter Kriesi hat erst kürzlich wieder eindringlich auf die verschiedenen Formen und Auswirkungen des Strukturwandels hingewiesen (Kriesi 1999). Es verbindet sich damit unter anderem die Verschärfung des weltweiten Wettbewerbs und dem damit in engem Zusammenhang stehenden erhöhten Druck auf die individuelle Anpassungsfähigkeit, die, wie Kriesi zurecht betont, vor allem auch von der Verfügbarkeit über kulturelles Kapital, sprich der Bildung, durch den/die einzelne/n abhängt. Der wachsende internationale Wettbewerb zwingt vor allem die hochentwickelten Industriestaaten, sich auf die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen zu spezialisieren, die hochgradig wissensintensiv sind. Das Ergebnis sind steigende Differenzierung und Segmentierung von Arbeitsmärkten und damit direkt verbunden eine fortschreitende Ausdifferenzierung von sozialen Lagen, eine Heterogenisierung von Lebenschancen und eine Destabilisierung von individuellen Lebenslagen sowie „der relativen Positionen zwischen sozialen Gruppen“ (Vester 2001, 93). Kriesi weist dabei vor allem auf zwei daraus resultierende Konflikte hin: einen ersten zwischen den Gewinnern des Modernisierungsprozesses aus den neuen bildungsnahen Mittelschichten und einer heterogenen Klasse von Verlierern; und einen zweiten zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Klasse der Modernisierungsgewinner (Kriesi 1999, 403 f.).

Aus dieser Perspektive erklärt sich der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien während der letzten beiden Jahrzehnte in erster Linie als ein Aufstand der Modernisierungsverlierer sowohl gegen die im Zuge beschleunigter Globalisierungsprozesse wachsenden Einkommensunterschiede, Massenarbeitslosigkeit und relative Marginalisierungstendenzen als auch gegen das Unvermögen sowie den fehlenden Willen der etablierten Parteien und Eliten, diesen Prozessen wirksam entgegenzusteuern (Decker 2000). Unterstützung findet diese These zumindest zum Teil, betrachtet man die Zusam-

mensetzung der WählerInnenschaft rechtspopulistischer Parteien. Hier lässt sich seit dem Ende der neunziger Jahre ein deutlicher „Proletarisierungstrend“ beobachten. Dies heißt nichts anderes, als dass sich diese Parteien in den letzten Jahren immer mehr zu Arbeiterparteien entwickelt haben (Betz 2001c, 413 f.). So entschieden sich bei den letzten Wahlen in Österreich 45 Prozent der an- und ungelerten bzw. 48 Prozent der FacharbeiterInnen für die FPÖ (Ullram 2001, 216). Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch im Hinblick auf die skandinavischen Parteien beobachten, und hier vor allem bei der Dänischen Volkspartei, deren Anteil an ArbeiterInnen in ihrer WählerInnenschaft prozentual höher war als bei allen anderen dänischen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten (Andersen/Bjørklund 2000, 216 f.). Besonders deutlich war der Proletarisierungstrend in Frankreich, und hier vor allem unter den AnhängerInnen der dezidiert kompromissfeindlichen Linie Le Pens. Wie Nonna Mayer eindrucksvoll belegt hat, setzte sich die AnhängerInnenschaft Le Pens Ende der neunziger Jahre fast zur Hälfte aus ArbeiterInnen zusammen. Nonna Mayers Studie bietet eine Reihe von weiteren Daten, die die Modernisierungsverliererthese untermauern. So wiesen die AnhängerInnen Le Pens einen relativ niedrigen formalen (Aus-)Bildungsstand auf und zeichneten sich durch einen überdurchschnittlich hohen Grad an Zukunftspessimismus aus (Mayer 1999, 224 f.).

Trotz dieser eindeutigen empirischen Belege, die für die Modernisierungsverliererthese sprechen, erscheint mir diese These als zu verkürzt. Eine Reihe von Argumenten spricht gegen den Anspruch dieses Ansatzes, den Erfolg rechtspopulistischer Parteien erschöpfend zu erklären. Zum einen spricht gegen diese These, dass die meisten rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa gerade dort die größten Erfolge feiern, wo die strukturellen Voraussetzungen für sie eher unvorteilhaft sein sollten. Norwegen, die Schweiz, Flandern und der Nordosten Italiens gehören heute zu den Ländern und Regionen Westeuropas, wo der Wohlstand am höchsten und die Arbeitslosigkeit am niedrigsten ist. Der Vlaams Blok findet die größte WählerIn-

nenunterstützung im reichen Antwerpen; die Schweizer Volkspartei im nicht weniger reichen Zürich; die Lega Nord (immer noch) in reichen Kleinstädten im Nordosten Italiens. Das heißt nicht unbedingt, dass es in diesen Ländern und Regionen nicht auch strukturellen Anpassungsdruck und damit potentielle Modernisierungsverlierer gibt. Auf keinen Fall, jedoch, dürfte ihre Zahl signifikant höher sein als in Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland, wo die populistische Rechte in den letzten Jahren relativ chancenlos war. Zwar haben auch Parteien wie die Lega Nord einen signifikanten Anteil an ArbeiterInnen aufzuweisen; jedoch deren Interessen und politische Motive sind nicht unbedingt gleichzusetzen mit denen der Modernisierungsverlierer (Beirich/Woods 2000). Ähnliches gilt, wenn auch weniger ausgeprägt, für Österreich und Dänemark (Ullrich 2001, 220; Plasser/Ullrich 2000, 237).

Dagegen haben es rechtspopulistische Parteien gerade in den Ländern besonders schwer, wo die strukturellen Voraussetzungen besonders günstig zu sein scheinen. Ein Beispiel ist Ny Demokrati in Schweden, dessen rascher Niedergang – nach beachtlichen Erfolgen anfangs der neunziger Jahre – mit der massiven Krise des schwedischen Modells zusammenfiel (Taggart 1996). Und auch in Deutschland gelang es trotz Massenarbeitslosigkeit und tiefgreifender globalisierungsbedingter Strukturumbrüche weder den Republikanern noch der Deutschen Volksunion, sich im Parteiensystem auf Dauer zu etablieren. Im Gegenteil. Es ist eine Ironie der Zeitgeschichte, dass gerade in dem Land, in dem die Modernisierungsverliererthese in den achtziger und neunziger Jahren am intensivsten diskutiert wurde, der radikale Rechtspopulismus zumindest wahlpolitisch relativ bedeutungslos geblieben ist: Bei den letzten Bundestagswahlen erreichte das rechte Lager, die NPD miteingeschlossen, nicht mehr als bescheidene 3,3 Prozent der Stimmen (Stöss 2000).

Ein weiteres Argument gegen die Modernisierungsverliererthese ist die relative Stabilität des westeuropäischen Wohlfahrtsstaats. Wirtschaftswissenschaftliche Überlegungen gehen davon aus, dass Strukturwandel sozialstaatlicher Abfederung bedarf. „Es ist die vor-

nehmste Aufgabe des Sozialstaates, in dieser Situation auf den Plan zu treten und durch seine verschiedensten Instrumente kompensatorische Wirkungen zu produzieren. Der Sozialstaat fungiert dann wie eine Art Sozialversicherung, indem er seiner negativ betroffenen Klientel finanzielle oder andere Kompensationen zur Verfügung stellt“ (Hübner/Petschow 2001, 38). Wie eine Reihe von Studien zu den Entwicklungstendenzen des europäischen Wohlfahrtsstaats zeigt, ist es in den letzten beiden Jahrzehnten eher zu einer Konsolidierung als zu einem massiven Abbau sozialstaatlicher Leistungen gekommen (Stephens/Huber/Ray 1999; Pierson 2001). Für Westeuropa gilt im Großen und Ganzen, was Tálos und Wörister für Österreich konstatiert haben: Die „seit den achtziger Jahren realisierten Veränderungen bedeuten weder einen Kahlschlag, noch brachten sie (...) einschneidende strukturelle Brüche mit sich. Wie in anderen westeuropäischen Ländern auch, sind die Rahmenkonturen, die wesentlichen Gestaltungsprinzipien und Strukturelemente staatlich geregelter Sicherung nach wie vor aufrecht“ (Tálos/Wörister 1998, 282). Das heißt, auch wenn die Bevölkerung Westeuropas während der letzten Jahrzehnte einem wachsenden strukturellen Veränderungsdruck ausgesetzt war, so garantierte die relative Stabilität des Wohlfahrtsstaats doch eine Abfederung dieses Drucks und hemmte das Mobilisierungspotential damit verbundener Ängste.

Ein letztes Argument gegen die Modernisierungsverliererthese liegt in der Ideologie rechtspopulistischer Parteien. Wie bereits erwähnt, vertraten die meisten rechtspopulistischen Parteien bis in die späten neunziger Jahre mehr oder minder ausgeprägte neoliberale Vorstellungen, die keineswegs dazu angetan waren, die Verlierer makrostruktureller wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen anzusprechen. So sprachen sich eine Reihe von rechtspopulistischen Parteien für einen mehr oder minder radikalen Um- und Abbau des Wohlfahrtsstaats aus, um damit der „Umverteilung von Privat zum Staat“ ein Ende zu bereiten, die Wirtschaft von der Umklammerung durch den Staat zu befreien und dadurch die politische Klasse der Grundlage ihrer wirtschaft-

lichen Machtbasis zu berauben (Ptak 1998, 101; Betz 2001a, 129). Von dieser Perspektive aus betrachtet, erzielten rechtspopulistische Parteien ihre Erfolge nicht wegen sondern trotz ihrer wirtschaftlichen Programmatik, vielleicht auch deshalb, weil die meisten ihrer WählerInnen sich wahrscheinlich kaum um die wirtschaftspolitischen Vorstellungen dieser Parteien kümmerten.

Die bisher angeführten Argumente führen zu dem Schluss, dass die Modernisierungsverliererthese nur bedingt geeignet ist, den außerordentlichen Aufstieg und bemerkenswerten Erfolg rechtspopulistischer Parteien während der letzten beiden Jahrzehnte zufriedenstellend zu erklären (Minkenberg 2000). Damit rücken Ideologie und Programmatik in den Vordergrund (van der Brug/Fennema/Tillie 2000). Gerade die ideologische Entwicklung dieser Parteien verlangt nach einem weiter gespannten Interpretationsrahmen, der beides, sowohl die materielle Programmatik als auch die „kulturelle Wende“ dieser Parteien, gleichermaßen berücksichtigt.

### **Identitätspolitik als Anerkennungspolitik**

Ein vielversprechender Ansatz für einen solchen Interpretationsrahmen findet sich in den jüngsten Arbeiten von Nancy Fraser zur Frage sozialer Gerechtigkeit in der postindustriellen Gesellschaft. Fraser geht davon aus, dass mit der Herausbildung von Wissensgesellschaften (*knowledge societies*) Forderungen nach Umverteilung von Ressourcen immer mehr mit Forderungen nach Anerkennung kultureller Verschiedenheit in Konkurrenz treten. Dabei geht Fraser davon aus, dass sich im Laufe dieser Entwicklung politische Forderungen nach Anerkennung immer mehr in den Vordergrund schieben, Forderungen nach Umverteilung hingegen immer mehr ins Hintertreffen geraten:

Today, in fact, claims for recognition drive many of the world's most intense social conflicts – from battles around multiculturalism to struggles over gender and sexuality, from campaigns for national sovereignty and subnational autonomy to newly energized movements for international human rights. These struggles are heterogeneous, to be sure; they run the gamut from the patently emancipatory to the downright

reprehensible. Nevertheless, such widespread recourse to a common grammar is striking, suggesting an epochal shift in the political winds: a massive resurgence of the politics of status. (Fraser 2001, 2)

Fraser's Überlegungen beziehen sich in erster Linie auf die Möglichkeiten progressiver Politik im Zeitalter der Globalisierung. Jedoch eignet sich ihr Modell auch als ein Interpretationsrahmen, der es erlaubt, die Gründe für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien zu erhellen. Rechtspopulistische Parteien, so die zentrale These, sind gerade deshalb so erfolgreich, weil sie dezidiert eine politische Strategie verfolgen, die auf der Mobilisierung von Anerkennungsforderungen beruht, die, so diese Parteien, innerhalb des von den dominanten Eliten geschaffenen und von ihnen verteidigten gesellschaftlich-kulturellen Konsens nicht eingelöst werden können. Rechtspopulistische Parteien reklamieren für sich, Diskurstabus zu durchbrechen und damit einen wertvollen Beitrag zur Liberalisierung der Gesellschaft zu leisten. Nur so lässt sich die Attraktivität von prominenten rechtspopulistischen Marketinglogans wie Jörg Haider's „Er sagt, was ihr denkt“ verstehen. Dabei geht es rechtspopulistischen Parteien vor allem darum, in der Bevölkerung latente Ressentiments zu identifizieren, aufzugreifen und in Forderungen nach Anerkennung, wenn nicht nach Regress umzuwandeln.

Ein Beispiel für diese rechtspopulistische *politics of recognition* ist Haider's Eintreten für die Rechte der Vertriebenen, während die Verhandlungen über die Kompensationszahlungen an ausländische ZwangsarbeiterInnen stattfanden. Bezeichnend ist der folgende Satz einer Rede, die Haider im Mai 2001 beim Sudeten-deutschen Gedenktag für die Opfer des 4. März in Wien hielt: „Wenn man mit großem Elan daran geht, einen Teil der österreichischen Geschichte zu bewältigen, wie jenen der Restitution von Vermögen der emigrierten Juden, und damit auch mit diesem Kapitel der Geschichte nach vielen Jahrzehnten ins reine kommt, dann ist es unverständlich, wenn über die Frage der Vertreibung und des Schicksals der Heimatvertriebenen der Mantel des Schweigens gebreitet werden soll.“ Und bezugnehmend auf zugefügtes Unrecht: „Es kann keinen Unterschied ma-

chen, ob es sich dabei um Opfer handelt, die auf Seiten der Sieger oder der Besiegten stehen“ (Haider 2001). Haiders Intervention erhält ihre Brisanz aus der Tatsache, dass die Forderung, auch die Leiden der sudetendeutschen Opfer der Vertreibung müssten anerkannt und gewürdigt werden, als eine Forderung mit revisionistischem Beiklang galt und deshalb politisch nicht korrekt war. Ähnlich stellte sich Blochers Strategie während der Krise des Schweizer Selbstverständnisses in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre dar.

In beiden Fällen galten die Angriffe in erster Linie der diskursbestimmenden herrschenden politischen Klasse. So erklärte Blocher das Anwachsen nationalistischer und fremdenfeindlicher Tendenzen in der Schweiz dann auch als „eine Gegenreaktion zum ständig betonten Internationalismus der Classe politique, zur selbstverleugnenden, kriecherischen Haltung gegenüber anderen Staaten und internationalen Organisationen. Vielleicht handelt es sich um den Ausdruck eines Gefühls der Hilflosigkeit und Wut, dass die offizielle Politik dieses Landes sich um die Interessen der eigenen Bürger zuletzt zu kümmern scheint“ (*Neue Zürcher Zeitung*, 28. September 2000).

Die Forderung nach Anerkennung stand auch am Anfang der Mobilisierungskampagne der bundesdeutschen Republikaner am Ende der achtziger Jahre. Dabei forderte die Partei – damals noch unter der Führung des Ex-Waffen-SS Mitglieds Franz Schönhuber – in erster Linie die Anerkennung des deutschen Rechts auf nationale Einheit ein („Wiedervereinigung des deutschen Vaterlands“) zusammen mit der Forderung nach einer Revision des nach Meinung der Partei durch die Kriegspopaganda der Siegermächte bestimmten Geschichtsbildes, das die Deutschen als eine Nation von Verbrechern darstellte (Betz 1988). Ähnliche Forderungen wurden auch vom Vlaams Blok in Belgien gestellt. Dabei ging es dieser Partei vor allem um die Rehabilitierung von flämischen Nazi Kollaborateuren während des Zweiten Weltkriegs. Die Partei sah darin offensichtlich eine Voraussetzung für die Legitimierung des von ihr vertretenen radikalen Nationalismus mit dem Ziel einer Abtrennung Flanderns vom Rest des Lan-

des und der Schaffung eines eigenständigen flämischen Staats.

Die vielleicht kurioseste Verbindung zwischen Forderung nach Anerkennung und rechtspopulistischer Politik stellte sich jedoch im Falle von Pim Fortuyn in den Niederlanden dar. Fortuyns Islamophobie gründete auch darauf, dass Fortuyn offen homosexuell war und die ebenso offene Feindlichkeit des Islam gegenüber der Homosexualität als eine (persönliche) kulturelle Herausforderung an den hart erkämpften liberalen Wertekanon der Niederlande empfand (Fortuyn 2001a).

Die Wirkungsweise der rechtspopulistischen Strategie zeigt sich jedoch vor allem im Kern rechtspopulistischer Programmatik, der Fremdenfeindlichkeit. Ein zentraler Punkt von Frasers Politik der Anerkennung ist die Forderung nach Anerkennung gruppen-spezifischer kultureller Identität. Das Gegenteil davon (in Fraser Terminologie „misrecognition“) ist die „depreciation of such identity by the dominant culture and the consequent damage to group members’ sense of self“ (Fraser 2001, 7). Auch hier zeigt sich die strategische Wendigkeit rechtspopulistischer Parteien. Der Diskurs rechtspopulistischer Parteien baut gerade darauf auf, Multikulturalismus als eine Abwertung der Mehrheitskultur darzustellen und die Mehrheit zu Opfern derjenigen zu machen, die einer „unbegrenzten Einwanderung“ Vorschub leisten und damit die Zerstörung der nationalen und kulturellen Identität billigend in Kauf nehmen. Daraus ergibt sich folgerichtig die Forderung rechtspopulistischer Parteien nach Anerkennung des Rechts auf Identität und darauf, Herr im eigenen Haus zu sein.

## **Die rechtspopulistische Herausforderung**

Die vorstehende Interpretation legt nahe, dass der Aufstieg und Erfolg rechtspopulistischer Parteien in den neunziger Jahren in engem Zusammenhang mit weitreichenden strukturellen und kulturellen Veränderungen der liberalen westlichen Demokratien stehen. Folgt man diesem Interpretationsschema, so liegt die Bedeutung rechtspopulistischer Parteien jedoch nicht

in erster Linie auf der parteipolitischen Ebene, ausgedrückt in Wahlergebnissen und Parlamentssitzen, sondern vor allem auf der diskursiven Ebene. Rechtspopulistische Politik ist Teil einer neuen postmodern politischen Auseinandersetzung, in der weniger Fragen der politischen Ökonomie als Fragen der politischen Kultur im Mittelpunkt stehen. Dabei geht es vor allem um die Besetzung von Begriffen auf der „metapolitischen“ Ebene, wie dies bereits vor Jahrzehnten von der *nouvelle droite* in Frankreich propagiert wurde. Dabei hat sich die populistische Rechte in den letzten Jahren zentrale Begriffe der postmodernen Linken zueigen gemacht und in ihrem Sinne neu bestimmt.

Im Vergleich zu traditionellen rechtsextremen Parteien wirkt die Sprache rechtspopulistischer Parteien deshalb auch moderater bzw. scheinbar vernünftiger und kaschiert damit, dass beide im Grunde dieselben Zielsetzungen verfolgen. So kann sich Christoph Blocher von „chauvinistischen Extremisten“ abgrenzen, indem er ihnen vorwirft, sie verkennten die Tatsache, „dass der wahre Patriotismus zwar die Liebe und die Identifikation mit der Heimat bedeutet, niemals aber die Verachtung anderer Länder und von anderen Menschen“ (*Neue Zürcher Zeitung*, 28. September 2000). Bei den deutschen Republikanern hieß das noch „Andere Völker achten wir, unser Vaterland Deutschland aber lieben wir.“ In beiden Fällen geht es jedoch in erster Linie um eine Legitimierung von Forderungen nach dem eigenen Volk zuerst, nach nationaler Präferenz und Ausgrenzung, mit dem Argument, dem eigenen Volk und seiner Kultur müssten „die gleichen Rechte zustehen wie allen anderen Völkern auch“, wie es das Programm der Deutsche Volksunion (o.D.) formuliert.

Das bestimmende Thema populistischer Mobilisierung ist gegenwärtig zweifellos die multikulturelle Frage. Und das mit gutem Grund. Multikulturalismus ist eng verquickt mit den zentralen Eckbegriffen der neuen Politik der Anerkennung: Differenz und Identität. Grundlage rechtspopulistischer Identitätspolitik ist nach eigener Aussage die Bewahrung und Verteidigung der „Vielfalt der Kulturen“ gegen die „multikulturelle Utopie.“ Politisch richtet sich diese Strategie gegen die kulturellen Experimen-

te intellektueller Eliten, „anti-rassistischer Lobbyisten“ (Vlaams Blok o.D.) und der politischen Klasse allgemein. Ihnen wird nachgesagt, es gehe ihnen allein darum, die Kultur des eigenen Volkes zu zerstören, weil sie „zunehmend an einem gestörten nationalen Selbstbewusstsein“ leiden und sich deshalb „an fremden Kulturen“ orientieren oder weil sie nach dem Zerfall von Sozialismus und Kommunismus „eine neue Existenzberechtigung und einen neuen gesellschaftspolitischen Unterschlupf“ suchen (SVP 1998; Vlaams Blok, o. D.). Auch hier geht es vor allem um die Verteidigung der eigenen Kultur gegen die vermeintliche Abwertung durch die politische Korrektheit. Die islamophobischen Angriffe der letzten Jahre, die sich seit dem 11. September noch weiter im Ton verschärft haben, ergeben sich fast zwangsläufig aus der Logik rechtspopulistischer Argumentation. Das Interessante an diesem Diskurs ist lediglich der ausdrückliche Rekurs auf liberale Werte und demokratische Grundregeln, die dem Islam abgesprochen werden. Diese Begriffswahl ist keineswegs willkürlich. Das bewusste Aufgreifen und die Verwendung von Begriffen, die von den etablierten Parteien und Eliten im allgemeinen zur Abqualifizierung und Delegitimierung rechtspopulistischer Parteien verwendet werden („Ideologie, die mit den westlichen Werten nicht vereinbar ist“), ist Teil der rechtspopulistischen Strategie, um den Spieß umzudrehen, die diskursive Legitimationsbasis des Multikulturalismus zu unterwandern und die damit identifizierten Eliten zu desavouieren.

Der zweite Eckpunkt rechtspopulistischer Argumentation ist die dezidierte Ablehnung der Globalisierung. Zwar thematisieren diese Parteien dabei durchaus auch die kulturellen Folgen der Globalisierung, doch der Hauptpunkt der Kritik ist gezielt wirtschaftlich begründet und appelliert damit an tatsächliche und potentielle Modernisierungsverlierer. Dabei adoptiert die populistische Rechte auch hier traditionell linke Themen und Begriffe und spannt sie für ihre Ziele ein. So prangert Jean Marie Le Pen in seinen jüngsten Reden nicht nur Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit infolge von Globalisierung an, sondern auch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich so-

wie zwischen dem Norden und dem Süden (Le Pen 2001).

Die Gründe für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien in den letzten Jahren sind somit weitaus vielschichtiger als dies der Hinweis auf Fremdenfeindlichkeit und WählerInnenprotest suggeriert. Zumindest zum Teil liegen sie auch in jener „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) begründet, die allgemein für unsere postmoderne Gegenwart charakteristisch ist, und die gerade auch durch die ideologischen Transformationen in der Linken gefördert worden ist. Rechtspopulistische Parteien sind heute ein fester Bestandteil einer neuen postmodernen Konfliktkonstellation, die immer mehr den politischen Diskurs in den westlichen Demokratien zu bestimmen scheint. Rechtspopulistische Parteien sind damit heute weniger denn je nostalgische Relikte einer überkommenen Zeit. Das macht die Auseinandersetzung mit ihnen auch weiterhin so schwer.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Andersen, Jørgen Goul/Tor Bjørklund (2000). Radical right-wing populism in Scandinavia: from tax revolt to neo-liberalism and xenophobia, in: *Hainsworth, Paul* (Hg.): *The Politics of the Extreme Right*, London/New York, 193 ff.
- Arzheimer, Kai/Markus Klein (1999). Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich, in: *Plasser, Fritz/Oscar W. Gabriel/Jürgen Falter/Peter A. Ulram* (Hg.): *Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich*, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien, 31 ff.
- Arlyott, Nicholas (1999). Paradoxes and Opportunism: The Danish Election of March 1998, in: *Government and Opposition*, 34 (1), 59 ff.
- Beirich, Heidi/Dwayne Woods (2000). Globalisation, Workers and the Northern League, in: *West European Politics*, 23 (1), 130 ff.
- Betz, Hans-Georg (2001a). Rechtspopulismus und Ethnonationalismus: Erfolgsbedingungen und Zukunftschancen, in: *Leggewie, Claus/Richard Münch* (Hg.): *Politik im 21. Jahrhundert*, Frankfurt am Main, 122 ff.
- Betz, Hans-Georg (2001b). Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer

- Ideologie, in: *Loch, Dietmar/Wilhelm Heitmeyer* (Hg.): *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt am Main, 167 ff.
- Betz, Hans-Georg (2001c). Entre succès et échec: l'extrême droite à la fin des années quatre-vingt-dix, in: *Perrineau, Pascal* (Hg.): *Les croisés de la société fermée*, Paris, 407 ff.
- Betz, Hans-Georg (2001d). Exclusionary populism in Austria, Italy, and Switzerland, in: *International Journal*, 56 (3), 393 ff.
- Betz, Hans-Georg (1988). *Deutschlandpolitik on the Margins: On the Evolution of Contemporary New Right Nationalism in the Federal Republic*, in: *New German Critique*, 44, 127 ff.
- Bjugan, Ketil (1998). The 1997 Norwegian Parliamentary Election: A Swing towards Parliamentary Power, in: *The Political Quarterly*, 69 (2), 177 ff.
- Blocher, Christoph (1997). Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg. Eine Klarstellung. Referat anlässlich der Veranstaltung der SVP des Kantons Zürich vom 1. 3. 1997, <http://www.nzz.ch/dossiers/schatten/schatten970303.html>.
- Bossi, Umberto (2000). Intervento del segretario federale, on. Umberto Bossi, Pontida, 4. Juni 2000, <http://www.prov-varese.leganord.org/doc/bossipontida00.htm>.
- Decker, Frank (2000). Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen.
- Dansk Folkeparti (2001). Danmarks fremtid – dit land, dit valg ..., Kopenhagen.
- Deutsche Volksunion (o. D.). Partei-Programm, <http://www.dvu.net/Parteiprogr.pdf>.
- Dewinter, Filip (2000). Baas in eigen land, Brüssel.
- Enti Locali Padani Federali (1998). Padania, identità e società multirazziali, [http://www.leganord.org/documenti/elpf/padania\\_identita.pdf](http://www.leganord.org/documenti/elpf/padania_identita.pdf).
- Fortuyn, Pim (2001a). Koude oorlog met Islam, in: *Elsevier*, 25. August 2001.
- Fortuyn, Pim (2001b). Besmettelijke ziekte, in: *Elsevier*, 19. Mai 2001.
- Fortuyn, Pim (1997). Tegen de islamisering van onze cultuur. Nederlands identiteit als fundament, Utrecht.
- FPÖ (1998). Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs, Wien.
- Fraser, Nancy (2001). Social Justice in the Knowledge Society: Redistribution, Recognition, and Participation, Beitrag zum Kongress „Gut zu Wissen“, Heinrich-Böll-Stiftung, 5/2001.
- Gibson, Rachel K. (2002). The Growth of Anti-Immigrant Parties in Western Europe, Ceredigion.
- Grunke, Thomas (2001). Rechtsextremismus in den USA, Opladen.
- Haider, Jörg (2001). Rede von Jörg Haider am 3. März im Wiener Kongresshaus, [http://www.sudetendok.com/Hauptindex/Index\\_Forum/Aktuelles\\_Forum/aktuelles\\_forum.html](http://www.sudetendok.com/Hauptindex/Index_Forum/Aktuelles_Forum/aktuelles_forum.html).
- Haider, Jörg (1997). Befreite Zukunft von links und rechts, Wien.
- Haider, Jörg (1994). Österreicherklärung zur Nationalratswahl 1994, Wien.

- Haider, Jörg (1993). Die Freiheit, die ich meine, Frankfurt am Main/Berlin.
- Hübner, Kurt/Ulrich Petschow (2001). Spiel mit Grenzen. Ökonomische Globalisierung und soziale Kohäsion, Berlin.
- Ivaldi, Gilles (2001). Les formations d'extrême droite: Front national et Mouvement national républicain, in: Brechon, Pierre (Hg.): Les parties politiques françaises, Paris.
- Kitschelt, Herbert (1995). The Radical Right in Western Europe, Ann Arbor.
- Kriesi, Hanspeter (1999). Movements of the Left, Movements of the Right: Putting the Mobilization of Two New Types of Social Movements into Political Context, in: Kitschelt, Herbert/Peter Lange/Gary Marks/John D. Stephens (Hg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge/New York, 398 ff.
- Le Pen, Jean-Marie (2001). Discours intégral de Jean-Marie Le Pen. Convention BBR 2001, <http://www.front-national.com/discours/2001/bbr2001.htm>.
- Mayer, Nonna (1999). Ces Français qui votent FN, Paris.
- Mény, Yves/Yves Surel (2000). Par le peuple, pour le peuple, Paris.
- Minkenberg, Michael (1998). Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland, Opladen/Wiesbaden.
- Minkenberg, Michael (2000). The Renewal of the Radical Right: Between Modernity and Anti-modernity, in: Government and Opposition, 35 (2), 170 ff.
- Mudde, Cas (2000). The Ideology of the Extreme Right, Manchester.
- Pfahl-Traughber, Armin (2000). Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B39/2000, 22. September 2000, 3 ff.
- Pierson, Paul (Hg.) (2001). The New Politics of the Welfare State, Oxford/New York.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram (2000). Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ, in: Plasser, Fritz/Peter A. Ulram/Franz Sommer (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten, Wien, 225 ff.
- Ptak, Ralf (1998). Das FPÖ-Dreieck. Rechtsextremes Fundament – Neoliberale Substanz – Marktgerechte Präsentation, in: Kurswechsel, 1, 98 ff.
- Stephens, John D./Evelyne Huber/ Leonard Ray (1999). The Welfare State in Hard Times, in: Kitschelt, Herbert/Peter Lange/Gary Marks/John D. Stephens (Hg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge/New York, 164 ff.
- Stöss, Richard (2000). Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3., überarbeitete Auflage, Berlin.
- SVP (2001). Geld allein garantiert keine Integration. Positionspapier der SVP Schweiz zur Integrationspolitik, Januar 2001, <http://www.svp.ch/Deutsch/bestellung/Integrationspapier.doc>.
- SVP (1998). Was will die SVP? Das Konzept für eine Züricher Ausländerpolitik, 1998, <http://www.svp-stadt-zuerich.ch/seiten/auslaenderkonzept.asp>.
- Taggart, Paul A. (1996). The New Populism and the New Politics, Houndmills/London.
- Taggart, Paul A. (2000). Populism, Buckingham/Philadelphia.
- Tálos, Emmerich/Karl Wörster (1998). Soziale Sicherung in Österreich, in: Tálos, Emmerich (Hg.): Soziale Sicherung im Wandel. Österreich und seine Nachbarstaaten. Ein Vergleich, Wien/Köln/Weimar, 209 ff.
- Ulram, Peter A. (2001). Sozialprofil und Wahlmotive der FPÖ-Wähler: Zur Modernität des Rechtspopulismus am Beispiel des Phänomens Haider, in: Loch, Dietmar/Wilfried Heitmeyer (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt am Main, 206 ff.
- Van der Brug, Wouter/Meindert Fennema/Jean Tillie (2000). Anti-immigrant parties in Europe: Ideological or protest vote?, in: European Journal of Political Research, 37 (1), 77 ff.
- Vester, Michael (2001). Wer sind heute die gefährlichen Klassen? Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel, in: Loch, Dietmar/Wilfried Heitmeyer (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt am Main, 298 ff.
- Vlaams Blok (o.D.). Aanpassen of terugkeren, [http://www.vlaams-blok.be/arcguf/dossier/pdf/dossier\\_vreemdelingenstandpunt/PD](http://www.vlaams-blok.be/arcguf/dossier/pdf/dossier_vreemdelingenstandpunt/PD).

#### AUTOR

Hans-Georg BETZ, 1956; Canadian Centre for German and European Studies, York University, Toronto, Kanada; Université de Genève, Genf.

Schwerpunkte der Forschung: Rechtspopulismus, Identitätspolitik, politische Parteien und soziale Bewegungen.

Publikationen: Exclusionary populism in Austria, Italy, and Switzerland, in: International Journal 56 (3) (2001); Rechtspopulismus und Ethnonationalismus: Erfolgsbedingungen und Zukunftschancen, in: Leggewie, Claus/Richard Münch (Hg.): Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt (2001); Haider's Revolution or The Future Has Just Begun, in: Contemporary Austrian Studies 10 (2002); Conditions Favouring the Success of Right-Wing Populist Parties in Contemporary Democracies, in: Mény, Yves/Yves Surel (Hg.): Democracies and the Populist Challenge, Houndsmill/New York (i. E.); Against Globalization: Xenophobia, Identity Politics and Exclusionary Populism in Western Europe, in: Socialist Register (i.E.);

Kontaktadresse: Département de science politique, Université de Genève, UNIMAIL 40, Bd. du Pont d'Arve CH – 1211 Genève 4, [hgb56@hotmail.com](mailto:hgb56@hotmail.com).